

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Ruedelinge die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgegend 50 Halbpennige, aus würtliche Anzeigen 25 Halbpennige, auswärtige Anzeigen 1 Halbpennig, amtliche 50 Halbpennige.

Telegramm: Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 101 Leipzig Nr. 1926

Nr. 101

Sonnabend, den 1. Mai 1926

21. Jahrgang

Frankreich sucht Klauseln im Berliner Vertrag.

Deutschland soll nicht neutral sein!

Paris, 29. April. Während sich der Qual d'Orsach nach wie vor über den deutsch-russischen Vertrag ausschweigt, beginnt Sauerwein heute morgen im „Matin“ eine Offensive schärfsten Stils gegen ihn. In einem ausführlichen, sensationell aufgemachten Artikel stellt er zunächst fest, daß zum ersten Mal der Auswärtige Ausschuss des Reichstages einstimmig der Regierung zugestimmt habe. Man sehe also in Deutschland den Vertrag als ein gutes Geschäft an und billige Stresemann zu, daß er einen größeren Erfolg davongetragen habe als in Locarno. Man müsse den Vertrag unbedingt als den Willensausdruck des ganzen deutschen Volkes ansehen. Dann beginnt Sauerwein seine Kritik:

Das mindeste, was man gegen diesen Vertrag sagen könne, sei, daß er

die Mitwirkung Deutschlands im Völkerbunde illusorisch mache. Die Hauptaufgabe des Völkerbundes sei es doch, Kriege zu verhindern oder bei ebit. Konflikten, den Schuldigen, den Angreifer, festzustellen. Deutschland verpflichte sich aber in dem Vertrag, daß es jede feindliche Tendenz im Völkerbunde gegen Rußland bekämpfe, ja, darüber hinaus selbst entscheiden wolle, wer der Angreifer sei wenn Rußland in irgendeinen Konflikt verwickelt werde. Deutschland hätte bei der Verpflichtung zu einstimmigen Entscheidungen sowieso den Völkerbund lahmlegen können, jetzt aber gebe es gar keine Diskussion mehr.

In Zukunft werde der Völkerbundrat, wenn Deutschland ihm erst angehört, ohnmächtig sein, in einer ganzen Kategorie von Weltkonflikten irgendeine Entscheidung zu treffen oder irgendeine Sanktion zu beschließen.

In Deutschland erkläre man, fährt Sauerwein fort, daß man mit diesem Vertrage nur zur traditionellen Bismarckschen Politik des Gleichgewichtes durch Rücksicherung zurückgekehrt sei. Wenn diese These richtig wäre, müßte die europäische Politik wie vor 12 Jahren auf militärischen Bündnissen balanciert werden. Aber dann könne es keinen Völkerbund mehr geben, denn der Völkerbund wolle das europäische Gleichgewicht durch Schiedsgericht, durch Sicherheitsverträge und durch Entwaffnung sicherstellen. Diese Politik sei nicht mehr möglich, wenn ein Mitglied des Völkerbundes außerhalb der Kontrolle und außerhalb der Einflusssphäre der Völkerbundmächte die Leiterin einer dem Völkerbund feindlichen Koalition werden könne. Niemand könne Deutschland hindern, eine Politik zu treiben, wie es wolle, wohl aber zweierlei Politik auf einmal zu betreiben. Die Neuerung Mussolinis, der sofort nach Bekanntwerden des Vertragsabschlusses die Verstärkung der Alpenfront unter den Alliierten verlangte, sei eine ganz natürliche Antwort.

Auch der „Temps“ sagt, jedoch in etwas gemäßigterem Tonart als in den letzten Tagen, die Polemik ge-

gen den deutsch-russischen Vertrag fort. Als besonders beunruhigend bezeichnet er den Umstand, daß das Abkommen durch eine möglichst vage Ausdrucksweise

die eigentlichen Absichten verhälte,

um dann fortzufahren: „Wenn die Anwesenheit von Deutschland in Genf den Völkerbund lahmlegen und seine gerechten Sanktionen gegen einen ebit. Angriff verhindern sollte, finde man sich einer ganz neuen Lage gegenüber, so daß die an der Aufrechterhaltung des Friedens auf der Basis der Verträge interessierten Mächte unbedingt die Pflicht hätten, das Problem in seiner Gesamtheit mit berechtigter Sorge um die Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit zu prüfen.“

Der Eindruck in Schweden.

Stockholm, 28. April. Das Regierungsbüro „Socialdemokraten“ schreibt, es müsse festgestellt werden, daß der Berliner Vertrag aufs beste mit der nach Westen gerichteten deutschen Friedens- und Verständigungspolitik der letzten Jahre übereinstimmt. Welt entfernt, eine Niederlage für den Völkerbundgedanken zu bilden. Könne dieser Vertrag die Kluft zwischen Rußland und dem Völkerbund überbrücken und dadurch die Grundlagen für den Frieden Europas stärken und erweitern. — „Stockholms Dagblad“ schreibt: Rußland suche nach dem Scheitern seiner asiatischen Pläne Annäherung an Europa, welche dieses nicht abwenden werde, wenn die Unterminierungsarbeiten der Dritten Internationale aufhöre. — „Booteborgs Handelsidning“ meint, für alle, die an die Durchführbarkeit von Völkerbundsaktionen auf Grund des Artikels 16 glauben, sei die deutsche Neutralitätserklärung eine Enttäuschung. In Wahrheit tue Deutschland aber nur das, was im Augenblick der Gefahr jeder Staat ohne Rücksicht auf Völkerbundsstatuten tun werde: es berücksichtige seine eigenen Interessen.

„Newyork American“ zum Berliner Vertrag.

Newyork, 29. April. Im „Newyork American“ schreibt Norman Hapgood: Als Deutschland den Jahrhundertlangen Streit im Westen aufgab, hat es aufgelaßter gehandelt als irgendein anderes Land. Daß Deutschland sich nach Osten wendet, sollte nicht getadelt werden. Es muß sich irgendwohin wenden. Unter der Luther-Stresemann-Regierung hat Deutschland soviel getan, wie von ihm erwartet werden konnte, oder mehr. Jetzt ist Deutschlands bester Geist obenauf, und wenn seine Freundschaft mit Frankreich und England sich nicht weiter entwickelt, so ist es nicht sein Fehler. In seinem Streit mit Italien über die Sprachenfrage in Tirol hat Deutschland die Sympathie der Welt. Deutschland hat es verstanden, die Führung in der Versöhnung Westeuropas zu übernehmen und zur selben Zeit freundschaftlich mit Rußland zusammenzuarbeiten.

schen Volkspartei hin sich mit den beiden Flügelparteien, den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, in Verbindung setzen werde.

Dr. Marx Fraktionführer des Zentrums.

Dr. Bell Reichsjustizminister

In der Zentrumsfraktion fand die Wahl des neuen Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Fehrenbach auf der Tagesordnung. Schon vorher war die Vereinbarung getroffen worden, den gegenwärtigen Reichsjustizminister Dr. Marx wieder mit der Führung der Fraktion zu betrauen. Die Zustimmung des Abg. Marx ist erst in den letzten Tagen erreicht worden, die Ueberrahme des Vorstizes in der Fraktion hat nach einem Brauch, der sich im Reichstage eingebürgert hat, den Verzicht auf den Sitz im Reichskabinett zur Folge. Abg. Dr. Marx wird also zu einem jetzt noch nicht feststehenden Zeitpunkt seine Demission als Reichsminister der Justiz und für die besetzten Gebiete überreichen. Sein Nachfolger im Kabinett wird wieder dem Zentrum entnommen werden. Wie es heißt, kommt in erster Reihe Abg. Dr. Bell in Frage, der schon einmal Reichsminister (für die Kolonien) gewesen ist.

Reise des Reichspräsidenten nach Hannover.

Hannover, 29. April. Wie der Hannoverischer Kennverein erfährt, wird der Reichspräsident dem Kennen in Hannover am 13. Mai beimohnen und die Prek: an die Sieger verteilen. Der Reichspräsident trifft bereits am 12. Mai in Hannover ein.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages.

Von Staatsminister Prof. Dr. Seyfert, M.D.S.

Ein Vorgang, der vielleicht für die gesamte deutsche Innenpolitik von Bedeutung werden kann, hat sich in diesen Tagen im sächsischen Landtag abgespielt, die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion. Daß die beiden feindlichen Brüder, die Rechten und die Linken, keine Fühlung mehr miteinander hatten, einander nicht nur unter sich, sondern in aller Öffentlichkeit bekämpften und beschimpften, ist ja längst bekannt gewesen. Immer wieder freilich war von Berlin aus versucht worden, daß sie zu wirken, daß sie sich beiderseits äußerlich miteinander vertragen. Wie bekannt, wollten die Linken unter allen Umständen die Auflösung des Landtages erzwingen, vor allem zu dem Zweck, die 23 Rechten zu beseitigen. Daß diese dazu nicht gutwillig bereit waren, ist ja selbstverständlich. Auch das Mittel der sogenannten Sprengungsanträge führte nicht zum Ziel. Die politische Kuge Spaltung der bürgerlichen Parteien, die den Anträgen im Rahmen des Ertragslichen und Unmöglichkeit Rechnung trugen, haben den Linken das Konzept verborgen. Trotzdem kam der Auflösungsantrag, der zwölfte dieser Session. Die rechten Sozialisten haben ihn zumest abgelehnt. Einzelne haben ja nicht mit gestimmt; auch sie haben natürlich die Auflösung verhindern helfen. Nunmehr wurden von den radikalen Parteinstanzen die schärfsten Mittel angewendet. Die 23 wurden insgesamt ausgeschloffen und durch eine Erklärung, die die Linke an den Präsidenten des Landtages abgab, des Rechtes für verlustig erklärt, sich als Vertretung der sozialdemokratischen Partei zu bezeichnen. Diese Vertretung sei, so sagt die Erklärung, an die 18 Abgeordneten übergegangen, die unter der Führung von Arzt, Edel und Liebmann die bisherige Minorität der Parteifraktion bildeten. Die Rechten antworteten mit einer Erklärung, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Mit fester Stimme, wenn auch sachlich mit tieferer Tonerklänge, gab sie der Führer der 23, der Abg. Wirth, ab. Man spürte es ihm deutlich an, daß ihm wie seinen Freunden der Schritt nicht leicht geworden ist. Schwere Vorwürfe enthält die Erklärung gegen die machungstriebe, lediglich auf die Negation eingestellte radikale Linke. Sie sind berechtigt. Torheit auf Torheit hat die radikale Parteiführung in Sachsen begangen; sie hat den Kommunisten den Weg bereitet und in diesen den Großmannsdünkel erzeugt, den diese in ihrem Aufstreben beweisen. Berechtigt wie diese Vorwürfe sind andererseits die Hinweise auf das, was die Koalition für das Land Sachsen gewesen ist und getan hat. Das ist der große Unterschied zwischen den Linken und Rechten, daß die letzteren sich entschlossen haben, in positiver Arbeit dem Staate zu dienen, während jene peralteten Theorien nachgingen und die Entwicklung der Republik nur aufhielten.

Selbstverständlich hat die Linke mit einer Gegenklärung geantwortet. Das geschah am 20. April durch den Abg. Liebmann. Die Gegenklärung weist die Vorwürfe der Rechten zurück, bestreitet, daß es sich um eine Spaltung der SPD. handle, sie behauptet, daß die Koalitionsregierung die angebahnte Demokratisierung der Staatsverwaltung rückgängig gemacht, die monarchistischen Bestrebungen gefördert habe.

Für die Landtagsverhandlungen bedeutet die Spaltung eine Klärung. Es ist nicht zu verkennen, daß die Perioden, in denen man innerhalb der SPD. Verständigung anstrebte, für die Verhandlungen nicht günstig waren. Die Fraktionsmehrheit war während solcher Zeit gezwungen, Rücksicht auf den radikalen Flügel zu nehmen. Dadurch wurden der Koalition allerlei Schwierigkeiten bereitet. Diese Rücksichtnahme fällt nach der Klärung der Sache weg. Das wird die Verhandlungen erleichtern. Es ist anzunehmen, daß nunmehr der Landtag seine Aufgabe ordnungsmäßig bis zu Ende lösen kann.

Die inneren Gegensätze in der SPD. sind ja immer vorhanden gewesen. Sie beruhen wohl darauf, daß die Gegensätze zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängiger Partei durch die äußere Vereinigung vor drei Jahren doch nicht zur inneren Vereinigung geführt hat. Weitsehende Politiker hatten es ja vorausgesagt, daß die Verschmelzung wenn nicht falsch, so doch verfrüht sich erweisen würde. Diese Voraussage ist eingetroffen. Freilich verläuft der Schnitt heute anders als die frühere Grenze zwischen Mehrheit und Unabhängigen. Mancher der früheren Unabhängigen sitzt jetzt weit rechts; bei den Radikalen stehen heute Männer und Frauen, die früher gemäßigt waren.

Wie sich die Partei mit der Spaltung abfinden wird, ist natürlich ihre eigene Sache. Es ist selbstverständlich, daß die gesamte Partei alles daran setzen wird, die Ein-

Annahme des Duellgesetzes im Reichstag.

Berlin, 29. April. Der Reichstag verhandelte heute in zweiter Beratung den Gesetzentwurf über die Bestrafung von Duellvergehen. Der Rechtsausschuss hat der Regierungsvorlage zugestimmt, wonach bei Duellvergehen neben den bisherigen Strafen auf Verlust der Bekleidung öffentlicher Ämter und bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden muß. Die Vorlage wurde auch im Plenum in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgte die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die Fürstenernennung. Die Weiterberatung wurde nach kurzer Debatte auf morgen vertagt.

Die Reichsregierung soll eingreifen!

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern einen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, daß die Regierung um ein aktives Eingreifen in der Fürstenabfindungsfrage ersucht wird, etwa in der Form, daß das Reichskabinett von sich aus einen Gesetzentwurf vorlegt, der, möglichst noch vor dem Volkstentwurf, vom Reichstage verabschiedet werden soll. Der Fraktionsvorsitzende, Abg. Dr. Scholz, hat sich gestern nachmittags zum Reichskanzler begeben, um ihm von diesem Beschluß Mitteilung zu machen. Die Aussprache währte über eine Stunde. Im Reichstag setzte man voraus, daß der Reichskanzler auf die Anregung der Deut-